

Bad Honnef
Nördlicher
Kreis Neuwied

Kommentar



Von GA-Redakteurin
Claudia Sülzen

Wer nicht kämpft...

Irgendwie hängt alles zusammen. Am Mittwoch ging es im Schulausschuss darum, dass die Kinderzahlen in Bad Honnef zurückgehen und dies nach den Grund- auch die weiterführenden Schulen treffen wird. Am Donnerstag wurde dann die Beitragsbefreiung für Eltern, die neben einem Kind in einem Kindergarten auch eines in der Offenen Ganztagschule betreuen lassen, diskutiert. Im Zentrum stand also die direkte Förderung von Familien. Mit ihrem Protest im Ratssaal machten die Eltern deutlich: Eingriffe in die OGS-Geschwisterregelung benachteiligen Familien unmittelbar. Manches Elternteil begann noch an diesem Abend, auszurechnen, ob sich der Teilzeitjob der (meist) zuverdienenden Mutter wohl noch lohnt, wenn alle Betreuungskosten abgedeckt sind.

Die Kinder puzzelten derweil friedlich im Ratssaal – und bewiesen dabei mehr Treffsicherheit, als es die Verwaltung zuvor mit ihrem Null-Komma-Nichts-Vorschlag getan hatte. Kein einziges Wort von Bürgermeisterin Wally Feiden an die Adresse der Eltern, die ein Signal erwartet und auch verdient hätten. Keine Reaktion auf die teils harsche Kritik, dass die Verwaltung mehr als ein Jahr eine vom Stadtrat damals schon eingeforderte Beschäftigung mit dem wichtigen Thema verschlafen habe. Kurzum: Eine Verwaltung, die vor den finanziellen Zwängen sitzt wie ein Kaninchen vor der Schlange.

Egal, wo diese Zwänge auch herkommen, ob nun von Bund, Land oder Kommune: Eine rein finanzpolitische Argumentation wird der Bedeutung des Themas nicht gerecht. Armes Deutschland, armes Bad Honnef. Die Ausschussmehrheit zog die Reißleine, will zumindest eine sozialverträgliche Staffelung. Dem Hinweis, dass man dies „mit gestärktem Rücken“ auch bei der Kommunalaufsicht vertreten sollte, ist nichts hinzuzufügen. Denn wer nicht kämpft, hat sowieso schon verloren.

Kammerkonzert im Kursaal

BAD HONNEF. Zwei hochkarätige Musiker treten am Montag, 19. November, um 20 Uhr im Kursaal bei einem Kammerkonzert des Kulturrings auf. Nabil Shehata wuchs als Sohn deutsch-ägyptischer Eltern in Deutschland auf und studierte unter anderem als Stipendiat der Studentenstiftung des deutschen Volkes in Würzburg und Berlin. Er ist seit 2004 Mitglied der Berliner Philharmoniker. Sein Partner ist Paul Rivinius am Klavier. Das Duo präsentiert Stücke von Bach, Tetsuo Kawakami, Reinhold Gliere und Adolf Mises. Karten kosten 20, ermäßigt zehn Euro, in der Geschäftsstelle des General-Anzeigers in Bad Honnef, Hauptstraße 38 d, und an der Abendkasse. hlm

Seiten-Redaktion:
Uta Effern-Salhoub

OGS-Geschwisterkind-Regelung

Politik sagt Nein zum Kahlschlag

Jugendhilfeausschuss empfiehlt eine nach Einkommen gestaffelte Regelung ab 1. August 2013

Von Claudia Sülzen

BAD HONNEF. Eine herbe Klatsche für die Verwaltung und eine Lösung, die den Spagat versucht zwischen finanziellen Zwängen und der Förderung von Familien: Das ist das Ergebnis im Jugendhilfeausschuss am Donnerstagabend zum Thema OGS-Beitragsbefreiung. Wie berichtet, hatte die Stadtverwaltung vorgeschlagen, die Befreiung von den OGS-Gebühren für Eltern, die zeitgleich mindestens ein Kind im Kindergarten und ein weiteres in der Offenen Ganztagschule betreuen lassen, ab 1. Januar 2013 auf die Hälfte zu reduzieren und ab 1. August 2013 ganz einzustampfen. Einstimmig bei nur zwei Enthaltungen kippte der Jugendhilfeausschuss diesen Vorschlag und empfahl vielmehr dem Stadtrat eine sozialverträglichere Regelung.

Der Ansatz auf Antrag der Allianz aus CDU, FDP und Grünen, der von der SPD mitgetragen und von FWG und Bürgerblock, der ebenfalls Staffelung vorschlug, mit Enthaltung begleitet wurde, sieht vor: Die Geschwisterkindermäßigung soll Bestand haben für Eltern mit einem Bruttojahreseinkommen von weniger als 49 000 Euro. Familien mit einem Einkommen von unter 13 000 Euro sollen von der OGS-Beitragspflicht befreit werden, ebenso Familien mit drei und mehr Kindern. Nicht angetastet werden die gültigen Regelungen (und Befreiungen) bei den Kindergartenbeiträgen, sie standen nicht zur Diskussion. Wichtig auch zur OGS-Regelung: Die Änderungen sollen nicht in das Vertragsjahr eingreifen, sondern erst zum 1. August 2013 angepasst werden. Bis dahin bleibt, so der Stadtrat dem Vorschlag folgt, alles beim Alten.

„Mir fehlt jedes Verständnis für einen solchen Vorschlag“, leitete Cornelia Nasner (CDU) die Kritik an der Verwaltung ein, für die federführend Kämmerin Sigrid Hofmans in die Bresche sprang. Worauf Nasner abhob: Vor mehr als einem Jahr schon hatte der Stadtrat die Verwaltung beauftragt, die OGS-Beitragsbefreiung anzupa-



Familien im Ratssaal: Die Eltern machten ihrer Verärgerung und ihrem Protest Luft.

FOTO: FRANK HOMANN

cken mit dem Ziel, die Kosten-schere im Blick zu halten und zugleich eine sozialverträgliche Regelung hinzubekommen. Aber, so Hansjörg Tamoj (CDU): „Passiert sei nichts. „Ich bin einigermaßen entsetzt, dass hier alles nur von der Kämmererei kommt“, so Tamoj und

„Die Verwaltung sollte mit gestärktem Rücken zur Kommunalaufsicht gehen“

Hansjörg Tamoj (CDU)

Rechtssicherheit könne ohnehin nur eine ganz eigene OGS-Beitragssetzung geben. Dass Tamoj von einer „Droh-kulisse“ sprach, war auf die Worte Hofmans gemünzt: Der Verwaltung bleibe rechtlich gar nichts anderes übrig, als eine Null-Lösung vorzusehen; die Kommunalaufsicht schreibe in ihrer Verfügung zum Doppelhaushalt vor, dass freiwillige Leistungen – genau das sei die OGS – nicht stei-

ger dürften. Und tun sie es doch?, fragte Lucia Olbrück (SPD). Dann, so Hofmans, müssten sie an anderer Stelle eingespart werden. Oder Bürgermeisterin Wally Feiden, die während der ganzen Debatte schwieg, müsste den OGS-Beschluss anfechten. Hofmans: „Sie

sollten nicht sehenden Auges Beschlüsse fassen, die eine unzulässige Überschreitung bringen.“

Was der Ausschuss, dessen Beratung protestierende Eltern verfolgten, nicht hinnahm. Hier gehe es, bezogen auf kompletten Beibehalt der Regelung bis 1. August 2013, um Vertrauensschutz gegenüber den Eltern, generell um ein familienpolitisches Signal in einer Stadt, die sonst nichts tue für „ihre“ OGS, so Tamoj: „Besser wäre es, die Stadt würde die OGS-Träger unterstützen, damit sie die Beiträge senken können.“ Die seien schon höher als anderswo.

Es sei es nicht hilfreich, mit dem „Diktat der Kommunalaufsicht zu drohen, sonst werfen die OGS-Träger irgendwann das Handtuch und die OGS kann dicht machen“, so Tamoj: „Die Verwaltung sollte mit gestärktem Rücken zur Kommunalaufsicht gehen und das dort auch so vertreten.“

Zwei Männer überfallen Frau auf der Fußgängerbrücke

BAD HONNEF. Wie die Polizei erst gestern mitteilte, haben zwei Männer am Donnerstag, 8. November, versucht, eine Frau auf offener Straße zu berauben. Die Frau habe gegen 14.50 Uhr versucht, die Fußgängerbrücke über die B 42 „Am Spitzenbach“ zu überqueren, als sich ihr die

Männer in den Weg stellten und sie anschließend mit einem Messer an der Hand verletzten. Die beiden Tatverdächtigen liefen von der Frau ab, als sich ein Mann mit seinem Fahrrad näherte. Die Polizei sucht nun nach einem 23 bis 24 Jahre alten Mann, der etwa 1,75 Meter groß ist und blonde, an der

Seite kurz rasierte Haare hat. An der rechten Halsseite trägt er eine Tätowierung mit asiatischem Schriftzeichen. Er spricht Deutsch mit osteuropäischem Akzent und war am Tattag mit einer Jogginghose und schwarzer Lederjacke bekleidet. Der andere Mann ist ebenfalls etwa 23 bis 24 Jahre alt,

schlank, trug einen Dreitagebart und hatte oberhalb der Oberlippe ein Muttermal. Er hatte kurz geschorene Haare und war mit einer schwarzen Jogginghose und grauem Kapuzenpulli bekleidet. Auch er sprach Deutsch mit osteuropäischem Akzent. Hinweise an die Polizei unter ☎ 0228-150. mel

84-Jähriger verunglückt

Heimbewohner tot in Teich gefunden

HEISTERBACH. Tödlich verunglückt ist ein 84-jähriger Bewohner des Altenheims im Kloster Heisterbach. Wie die Polizei gestern mitteilte, rutschte der Mann vermutlich vom Weg ab und stürzte in einen Teich oberhalb der Klosterlandschaft. Die Polizei hatte zunächst – unter anderem mit einem Hubschrauber – vergeblich nach dem Mann gesucht.

Gegen 5 Uhr alarmierte das Altenheim die Bonner Polizei über die Abwesenheit des 84-Jährigen. Das Pflegepersonal war auf das Verschwinden des Mannes aufmerksam geworden, weil er einen Alarm ausgelöst hatte, als er beim Verlassen des Hauses eine gesicherte Außentür öffnete. Sofort wurden mehrere Streifenwagen nach Heisterbach geschickt, die die Umgebung absuchten.

Zudem wurden ein Hubschrauber für die weitere Suche eingesetzt und Flächensuchhunde angefordert. Der Vermisste wurde schließlich in einem Teich auf dem oberen Klostergelände leblos aufgefunden. Ein Notarzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Nach jetzigem Ermittlungsstand des Fachkommissariats der Bonner Polizei ist von einem Unglücksfall auszugehen. Es liegen keine Hinweise auf eine Straftat vor. hek

CDU gegen Vereinbarung mit Honnef

Königswinterer Fraktion möchte vor Gesprächen den Start der neuen Gesamtschule abwarten

SIEBENGEIRGE. „Die Irritationen mit dem Bürgermeister nach der Gesamtschulentscheidung sind abgebaut.“ Davon zeigte sich Königswinterer CDU-Fraktionschef Josef Griese bei einer Pressekonferenz auf dem Oelberg überzeugt. Es gehöre nun einmal zu den Aufgaben der Politik, die Arbeit der Verwaltung zu kontrollieren. Die CDU will dies in Zukunft öffentlichkeitswirksamer tun.

Die Entscheidung für die Gesamtschule, so Karl-Willi Weck, der schulpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, sei in einer „inakzeptablen Beratungssituation“ getroffen worden, die er so nicht mehr dulden werde (der Sitzungssaal im Arbeitnehmer-Zentrum war mit für eine Gesamtschule demonstrierenden Eltern überfüllt, A.d.Redaktion). Dennoch sei es nun Zeit, dass alle Akteure den Blick nach vorne richten. Dazu zählt für die Christde-



Ins Schulzentrum Oberpleis kommt die Gesamtschule.

FOTO: HOMANN

mokraten allerdings keineswegs die von der Opposition ins Spiel gebrachte Beschulungsvereinbarung mit Bad Honnef. Deren Ziel liege nur darin, die Errichtung einer Gesamtschule sicherzustellen, um die erforderliche Zahl von 100 Schülern sicher zu erreichen.

„Dadurch würden auch Interessen der Stadt Bad Honnef an der Gestaltung der eigenen Schullandschaft der Boden entzogen“, sagte Weck. Die CDU wolle lieber abwarten, ob die Königswinterer Eltern wirklich eine solche Schule wollten. Dies werde das Anmel-

deverfahren zeigen. „Das Befragungsergebnis ist oft anders als das Anmeldeergebnis. Das zeigt die Erfahrung in anderen Kommunen“, so Weck. Selbstverständlich stehe die Tür nach Honnef damit trotzdem weiter offen, zunächst müsse man aber die eigenen Ergebnisse abwarten. Dass die Bad Honnefer nun ein Moderationsverfahren bei der Bezirksregierung anstreben, macht Weck nicht glücklich. „Wir haben in erster Linie eine Verantwortung für Königswinter“, meinte er.

Laut CDU-Fraktionschef Josef Griese gibt es nur zwei Möglichkeiten einer Kooperation mit Bad Honnef. „Entweder man nähert sich tatsächlich einer Dependence-Lösung an, wovon uns unsere Verwaltung jedoch warnt, oder man geht in ein Moderationsverfahren mit völlig offenem Ausgang.“ Dagegen spreche die aktuelle Beschlusslage. hek/mel